



Bundesprogramm „Integrationskurs mit Kind: Bausteine für die Zukunft“

Datenschutzhinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten

1 Allgemeine Informationen

Das Bundesprogramm „Integrationskurs mit Kind: Bausteine für die Zukunft“ wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) verantwortet und finanziert (**Fördermittelgeber**).

Zuwendungsgeber ist die gsub, Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH, als beliehenes Unternehmen.

Ferner gibt es die „**Servicestelle Integrationskurs mit Kind**“. Dies ist eine ARGE GbR bestehend aus:

- gsub, Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH,
- Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“.

Die Förderung erhalten Kursträger (**Zuwendungsempfänger**), die zur Durchführung von Integrationskursen berechtigt sind und zum Zweck der integrationskursbegleitenden Kinderbetreuung Kindertagespflegepersonen bzw. angehende Kindertagespflegepersonen fest anstellen und/oder die Betreuung mit einer selbständig tätigen Kindertagespflegeperson bzw. einer geeigneten Honorarkraft umsetzen.

Im Programm werden zu unterschiedlichen Zwecken personenbezogene Daten verarbeitet. **Verantwortlicher für diese Datenverarbeitungen im Sinne von Artikel 4 Nr. 7 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist der Zuwendungsgeber:**

gsub, Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH
Kronenstraße 6
10117 Berlin

2 Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Den Datenschutzbeauftragten der gsub, Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH erreichen Sie unter datenschutz@gsub.de oder der oben genannten Postadresse mit dem Zusatz „der Datenschutzbeauftragte“.

3 Für welche Zwecke werden die Daten verarbeitet

- zum Zweck der Prüfung der Einhaltung der Zuwendungsvoraussetzungen und zur Prüfung der ordnungsgemäßen Mittelverwendung (zu Beginn der Förderung, im Vorhabenverlauf sowie nach Beendigung der Förderung).
- zur Kommunikation mit dem Zuwendungsempfänger sowie den unter Ziffer 4b) und 4c) genannten Betroffenengruppen
- zum Zweck evaluativer Erhebungen
- zum Zweck des Monitorings, wobei Ergebnis und Auswertung in nicht-personenbezogener Form erfolgen

4 Welche Daten werden verarbeitet?

a) Von Ansprechpartnern des Antragstellers bzw. Zuwendungsempfängers

- Kontaktdaten der unterschriftsberechtigten Person (Name, Funktion, E-Mail-Adresse, Telefon- und Faxnummer)
- Kontaktdaten des Ansprechpartners (Name, Funktion, E-Mail-Adresse, Telefon- und Faxnummer)

b) Von der/dem Mitarbeiter*in des Jugendamts, das für die Beratung und Beaufsichtigung des Angebotes zuständig ist

- Vor- und Nachname
- Funktion
- E-Mail-Adresse
- Adressdaten des Jugendamts

c) Von den (angehenden) Kindertagespflegepersonen bzw. Honorarkräften

- Vor- und Nachname
- Geburtsdatum
- Geschlecht

- Angaben zum Beschäftigungs- bzw. Honorarverhältnis (Wochenarbeitszeit, Vergütung)
- Adressdaten des Beschäftigungs- bzw. Einsatzortes

d) Von der am Integrationskurs teilnehmenden sorgeberechtigten Person für die zu betreuenden Kinder sowie den Kindern selbst

- Vor- und Nachname des/der Sorgeberechtigten und des betreuten Kindes/der betreuten Kinder
- Geburtsdatum des betreuten Kindes / der betreuten Kinder
- Adressdaten des Betreuungsorts
- Daten zur Berechtigung zur Kursteilnahme der sorgeberechtigten Person/en
- Daten zur ordnungsgemäßen Kursteilnahme der sorgeberechtigten Person/en

Die Daten werden durch den Antragsteller bzw. nachfolgend Zuwendungsempfänger direkt bei der betroffenen Person bzw. durch den Antragsteller bzw. nachfolgend Zuwendungsempfänger aus dessen Personalunterlagen erhoben. Die Bereitstellung der oben genannten Daten ist für die Prüfung der Einhaltung der Zuwendungsvoraussetzungen, die Bewilligung der Zuwendung sowie die Abrechnung des Vorhabens erforderlich. Die betroffenen Personen sind zwar grundsätzlich nicht verpflichtet, die Daten bereitzustellen. Eine Nichtbereitstellung führt aber zu einer Ablehnung des Antrags bzw. im weiteren Vorhabenverlauf zu einem Widerruf der Zuwendung, da in diesem Fall die Einhaltung der Zuwendungsvoraussetzungen nicht überprüft werden kann.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO (Verarbeitung für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt).

5 Wer sind die Empfänger der Daten?

Die Daten werden offengelegt gegenüber der Stiftung SPI (als Teil der ARGE GbR), dem BMFSFJ, dem BAMF und dem BMI, den mit der Evaluation beauftragte/n Organisation/en sowie dem Bundesrechnungshof.

6 Wie lange bleiben diese Daten gespeichert?

Unabhängig von der Bewilligung der Projektförderung werden die personenbezogenen Daten spätestens nach dem 31.12.2029 gelöscht.

7 Welche Rechte haben die Betroffenen?

Betroffene Personen haben das Recht auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten oder auf Löschung, sofern einer der in Art. 17 DSGVO genannten Gründe vorliegt. Es besteht zudem das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 DSGVO genannten

Voraussetzungen vorliegt und in den Fällen des Art. 20 DSGVO das Recht auf Datenübertragbarkeit.

Werden Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e (Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse bzw. in Ausübung öffentlicher Gewalt) oder lit. f erhoben (Datenverarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen), steht der betroffenen Person das Recht zu, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Es werden dann keine personenbezogenen Daten mehr verarbeitet, es sei denn, es liegen nachweisbar zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Betroffene Personen haben die Möglichkeit, sich an die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (Friedrichstr. 219, 10969 Berlin) zu wenden, sofern sie der Meinung sind, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen die Datenschutzgrundverordnung verstößt.